

„Ich will Widerstand aufbauen“

Ed Egger sagt „Nein zu Atomkraft-Greenwashing“ und nennt Lösungsansätze

PETER J. WIELAND

SALZBURG. Wenn dem Gemeinderat Eduard „Ed“ Egger etwas sauer aufstößt, könnte er als geschäftsführender Obmann der Freiheitlichen im Lungau den einfacheren Weg über sein Parteinetzwerk wählen. Das macht er aber nicht immer: mit Volksbegehren geht er einen überparteilichen Weg und wirbt österreichweit um Unterstützung. So hat der Tamsweger erst am 20. Jänner wieder im Alleingang und eigenfinanziert sein drittes Volks-



„Volksbegehren sind ein kleiner Hebel in der Hand, um als Einzelner gemeinsam mit anderen etwas zu erreichen.“

Foto: Peter J. Wieland

ED EGGER, FPÖ LUNGAU

begehren eingebracht: „Nein zu Atomkraft-Greenwashing“ heißt es; es befindet sich in der Unterstützungsphase und kann aber, wie er uns sagte, bereits auf jedem Gemeindeamt sowie per Handy-Signatur unterzeichnet werden.

Welches Ziel verfolgen Sie mit dem Anti-Atomkraft-Begehren?

ED EGGER: „Das Thema ist auf europäischer Ebene wegen des Green-Deals gerade brandaktuell. Der Atomkraft wird so nämlich ein grünes Mascherl umgehängt, um Investoren anzulocken. Geht es nach mir, muss der österreichische Nationalrat dies durch ein

Bundesverfassungsgesetz verhindern. Kernenergie produziert gefährlichen Abfall, der über 10.000 Jahre die nächsten Generationen beschäftigt. Wir haben scheinbar nichts gelernt: Tschernobyl und Fukushima waren keinesfalls die schlimmsten denkbaren Atom-Katastrophen. Atomkraft ist höchstens so lange 'grün', bis ein Reaktorunfall passiert. Atomstrom ist keine nachhaltige Energieform.“

Klimaschutzministerin Gewessler will das doch ohnehin verhindern. Was bringt dann noch ein Volksbegehren?

EGGER: „Das stimmt, aber als Staat mit knapp neun Millionen Einwohnern ist dieser Kampf gegen Brüssel eher homöopathisch. Es braucht daher breite Unterstützung aus dem Volk. Mein Begehren hat den Sinn, die Leute wachzurütteln, Widerstand aufzubauen und hoffentlich wieder Mitstreiter in weiteren EU-Staaten zu finden – bei 'Kauf regional' habe ich, was das betrifft, schon gute Erfahrungen gemacht. Außerdem: Volksbegehren sind ein Ausdruck von Demokratie; jede und jeder kann etwas bewegen.“

Windkraft ist umstritten; Wasserkraftvorhaben sorgen oft für Aufschrei; Strom im großen Stil sparen, will selten jemand. Sehen Sie hier nicht ein Dilemma?

EGGER: „Natürlich, Sie haben recht – irgendwo muss der Strom herkommen; und der Bedarf wird

noch steigen. Was ist, wenn beispielsweise mehr Leute E-Autos fahren? Also woher soll der Strom kommen? Es stimmt, viele Erzeugungsmethoden sind in den Regionen, wo sie stattfinden oder geplant werden, oft recht umstritten. Mein Ansatz ist der: Nicht alles verhindern, sondern gezielte sinnvolle Projekte umsetzen. Ein schwieriges Unterfangen.“

Blieben wir bei der Windkraft. Was wäre Ihr Lösungsansatz für Salzburg?

EGGER: „Wenn es nicht anders geht, und wir Windräder zur Stromversorgung brauchen, dann würde ich jedenfalls auf die Beteiligung der Gemeinden, sprich mit einem sogenannten Bürgerkraftwerk, setzen. Bei Bürgerbeteiligungsmodellen im herkömmlichen Sinn können nur jene investieren, die es sich leisten können. Daher schlage ich vor, dass jedenfalls die angrenzenden Orte, wo Windräder entstehen, mit Strom versorgt werden und wirtschaftlich beteiligt werden.“

Was hielten Sie von einem reinen öffentlichen Projekt, also dass beispielsweise ein Regionalverband einen Windpark baut, betreibt und bewirtschaftet?

EGGER: „Super Idee, würde ich unterstützen. Wirtschaftlich müsste es halt sein, das Geld müsste zurück in öffentliche Einrichtungen fließen. Die Region müsste direkt vor Ort etwas davon haben.“